




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

31.03.04

Arbeitsagentur und Kommunen müssen enger zusammenarbeiten!

Die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen müssen jetzt möglichst schnell ihre Zusammenarbeit für die Vermittlung, Qualifizierung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen koordinieren und zu einer effektiven Arbeitsgemeinschaft finden. Diese Forderung stellt der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann, der auch vor weiteren „Spiegelfechtereien“ warnt.

Rossmann: „Zum 1. Januar 2005 sollen die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe zusammengelegt werden, wie es im Arbeitsmarktkonzept der so genannten Hartz-Kommission und SPD und CDU im Vermittlungsausschuss beschlossen worden ist. Wenn hier aber jetzt nicht sehr schnell mit den entsprechenden Vorbereitungen begonnen wird, läuft den Arbeitsagenturen und den Kommunen die Zeit weg.“

SPD und Grüne im Bundestag haben deshalb auch einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem es jetzt möglichst schnell zu Klarheit für die Beteiligten kommen soll.

Rossmann: „Das undurchsichtige und chaotische Verhalten der CDU in dieser Frage muss ein Ende haben. Die CDU muss sich jetzt der Sache stellen und nicht immer weiter auf

Zeit spielen. Damit wird die Vorbereitungszeit von Bundesagentur und Kommunen für die gemeinsame Kooperation immer weiter verkürzt und es wird letztlich gegen die Langzeitarbeitslosen und Bezieher von Sozialhilfe gearbeitet.“

Auch bei der Berechnung der Finanzflüsse zwischen Bund und Kommunen erwartet der Abgeordnete in den nächsten Wochen Klarheit. Die Fachleute von Bund, Ländern und Kommunen seien jetzt dabei, sich auf eine gemeinsame Einschätzung zu einigen. Rossmann: „Auch hier versucht die CDU jetzt wieder nachträglich aus dem Geschirr zu gehen. Sie war im Vermittlungsausschuss im Dezember voll mitbeteiligt und verantwortet die getroffenen Beschlüsse zum gleichen Teil wie die Regierung.“ Auch deshalb sei es gut, wenn im nächsten Monat hier über ein Gesetz Klarheit geschaffen wird.

Rossmann: „Das Gepokere muss ein Ende haben, damit sich alle Kraft auf die eigentliche Aufgabe konzentriert, nämlich die bessere Unterstützung für die Langzeitarbeitslosen.“